

## **Dringlichkeitsantrag für den Sonderdelegiertenrat vom 5.5.2018**

---

### **Der Delegiertenrat des Kreisverbands Köln von Bündnis 90/ Die Grünen fordert Konsequenzen aus der Stadtwerke-Affäre**

Damit weitere negative Folgen für die Partei Bündnis 90/ Die Grünen und insbesondere den KV Köln, die Politik im Allgemeinen aber auch vor allem für die Glaubwürdigkeit der Ratsfraktion abgewendet werden, braucht die Ratsfraktion einen klaren Neuanfang. Der Rücktritt von Jörg Frank aus dem Stadtwerke-Aufsichtsrat ist ein begrüßenswerter Anfang, ist aber angesichts der Schwere des Vorgangs, des negativen medialen Echos und dem schwindenden Vertrauen seitens der Bürger\*innen von Köln und insbesondere zwischen Partei und Fraktion nicht weitreichend genug. Wir fordern daher weitere personelle Veränderungen der Fraktionsspitze und der Geschäftsführung, da sie diese Entscheidungen vollumfänglich zu verantworten haben. Zudem drücken wir unser Befremden aus, dass Fraktionsmitglieder, bei womöglich unzureichender und bewusst eingeschränkter Informationslage, für ein solches Besetzungsverfahren gestimmt haben.

Damit das verlorengegangene Vertrauen für die Bürger\*innen und Parteimitglieder wiedergewonnen werden kann, brauchen wir in naher Zukunft eine Neuwahl des Fraktionsvorstandes und eine neue Geschäftsführung, die in einem geordneten Verfahren bestimmt und durch den Amtsinhaber umfassend eingearbeitet werden muss. Zudem erwarten wir, dass die Beteiligten eine lückenlose Aufklärung sicherstellen.

Des Weiteren muss das Verhältnis zwischen Ratsfraktion und Partei nachhaltig verbessert werden. Zur Verbesserung des Verhältnisses und der Kommunikation zwischen Rat und Partei, sowie der Erstellung von Transparenz- und Compliance-Regeln (Karenzzeiten, schärfere Strafen bei nicht einhalten) für Ratsmitglieder soll eine Sonderkommission „Transparente Ratsfraktion“ einberufen werden.<sup>1</sup>

#### **Begründung:**

Bei der Besetzung wichtiger Posten in unserer Stadt (Vorstands- und Geschäftsführerposition, Dezernenten und weiteren Schlüsselposition in der Verwaltung und städtischen Einrichtungen) darf es keinerlei Ausnahmen bezüglich formloser Verfahren geben oder nur den Verdacht eines Ämtermissbrauchs oder einer Selbstbegünstigung aufkommen lassen. Um das ohnehin schon gebeutelte Vertrauensverhältnis zwischen Bürger\*innen und Politik, welches durch andere Parteien über Jahre hin weg mit dem „Kölner Klüngel“ negativ beeinflusst wurde, nicht weiter zu verschlechtern, müssen Bündnis 90/ Die Grünen wie ein Bollwerk für demokratische Prinzipien, Transparenz und Geschlechtergerechtigkeit stehen und mit guten Vorbild vorausgehen. Unsere Partei tritt für hohe moralische Prinzipien und good governance ein. Daher muss die Partei nun auch harte Konsequenzen bei Nicht-Einhaltung dieser Prinzipien einfordern.

Antragssteller\*innen: Deniz Ertin, Regina Kaiser, Philipp Kreuzer

---

<sup>1</sup> Vorschlag für die Ernennung, Zusammensetzung und Aufgaben der Sonderkommission:

Diese soll aus 2 Personen aus dem Rat, 2 Personen aus Delegiertenrat, 2 Personen aus dem KV-Vorstand, sowie 4 Basismitgliedern aus dem KV bestehen und von der KMV ernannt werden, um bis zur nächsten Kommunalwahl ein Regelwerk und/oder Vorschläge zu erarbeiten und vorzutragen. In diesem Regelwerk sollen Informationspflichten der Ratsfraktion an KV-Vorstand, sowie in abgemilderter Form an BVn, OVn und AKs institutionalisiert werden, damit eine engere Zusammenarbeit, ein besseres Vertrauensverhältnis und Synergie-Effekte entstehen können.